

Rat der Stadt Achim beschließt ICAN-Städte-Appell

Auszug aus

Protokoll der 21. Sitzung des Rates der Stadt Achim am Donnerstag, 25.06.2020, 19:00 Uhr bis 21:22 Uhr

TOP 13 : Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2020 hier: Mayors für peace; Resolution zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017

Beschluss: Resolutionstext:

Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en),

Das ist der Beschluß des Rates der Stadt Achim vom 25.06.2020

Das Protokoll wurde in den zwei folgenden Ratssitzungen dem Rat nicht zur Genehmigung vorgelegt. Gleichwohl fand die Sitzung öffentlich statt und die Presse hat darüber berichtet.

Zum Verständnis gebe ich anliegend, auch auszugsweise, die Diskussion zur Tagesordnung unter TOP 3 und zum Städte-Appell unter TOP 13 zur Kenntnis. Auch diese Passagen des Protokolls waren in der öffentlichen Einladung zu Rat im September enthalten und lagen auch der Presse vor.

3. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Herr Dürr stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt 13 nach der Vorlage der Verwaltung von der Tagesordnung zu nehmen sei. Frau Mühe erläutert, dass dieser Tagesordnungspunkt inhaltlich nicht beraten werden darf, da die Zuständigkeit über internationalen Verträge, auch des Atomwaffenverbotsvertrages, beim Bund liege. Die Beratung sei nicht zulässig bzw. rechtswidrig, daher empfiehlt sie, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen. Herr Brandt widerspricht dem Antrag und weist auf die seiner Ansicht nach gegebene örtliche Betroffenheit der Achimer Bevölkerung hin. Herr Wrede stellt den Antrag, gemäß dem Vortrag von Herrn Dürr und Frau Mühe, über die Absetzung des Punktes 13 von der Tagesordnung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimme(n), 18 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Herr Lichter stellt die Frage an die Verwaltung, ob nach diesem Ergebnis inhaltlich über den Tagesordnungspunkt abgestimmt werden kann. Herr Kettenburg stellt fest, dass der Bürgermeister kein Vorprüfungsrecht zur Tagesordnung hat, sondern das Gremium selbst darüber entscheiden müsse, ob und welche Punkte beraten werden und macht deutlich, dass Frau Mühe und er auf die Rechtswidrigkeit einer Beratung und Beschlussfassung hingewiesen haben. Unabhängig ob darüber diskutiert und abgestimmt wird, der Beschluss sei letztendlich rechtswidrig und nichtig. Frau Akdogan fragt, ob alle anderen Kommunen rechtswidrig zugestimmt hätten. Herr Kettenburg ergänzt, dass die geringe Zahl von 93 Zustimmenden bei 11014 Kommunen in ganz Deutschland sehr niedrig ist. Die rechtliche Bewertung dieser Kommunen in der Sache habe die Verwaltung nicht zu prüfen und daher auch nicht geprüft. Herr Brandt begründet den Antrag der SPD inhaltlich und fordert den Rat auf, die Resolution zu verabschieden und sich den aktuell 88 Städten und fünf Landkreisen in Deutschland anzuschließen. Herr Dürr fasst zusammen, dass auf Grund der Abstimmung der Tagesordnungspunkt 13 auf der Tagesordnung bleibt. Herr Baum bemerkt, wenn über diesen Tagesordnungspunkt abgestimmt wurde, müsse auch über die Aufnahme des Ergänzungsantrages auf die Tagesordnung abgestimmt werden Herr Dürr lässt über die Aufnahme des Ergänzungsantrages auf die Tagesordnung abstimmen. **Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimme(n), 17 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)** Die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung werden festgestellt.

13. Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2020 hier: Mayors für peace; Resolution zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 688/10 Herr Dürr übergibt den Vorsitz an Frau Thomas, da er nicht rechtswidrig handeln und dem Rat bei einer rechtswidrigen Beschlussfassung nicht vorsitzen möchte. Frau Thomas übernimmt für diesen Tagesordnungspunkt den Vorsitz. Herr Brandt trägt sein Anliegen und den Resolutionstext aus dem Antrag der SPD erneut vor und verweist auf die Liste

der Verwaltungen, die diese Resolution bereits beschlossen hätten und die er vor der Ratssitzung an alle Ratsmitglieder versendet hat. Des Weiteren fordert er die Verwaltung auf, am 08.07.2020 die „Mayors for Peace“ Flagge am Rathaus zu hissen. Herr Paulat erklärt, er sei ebenfalls gegen Atomwaffen. Es werde hier jedoch aufgefordert, etwas zu beschließen, was rechtlich nicht zulässig sei. Er würde dem zustimmen, wenn es rechtlich zulässig sei, jedoch nicht, wenn er sich rechtswidrig verhalte. Daher seine Frage an die Verwaltung, ob ein Beschluss dazu möglich ist. Frau Mühe wiederholt, dass die Stadt Achim nicht zuständig sei und dass eine evtl. Beschlussfassung nach Rechtauffassung der Verwaltung rechtswidrig und mangels Zuständigkeit darüber hinaus auch nichtig sei. Es entsteht eine lebhafte Diskussion zwischen allen Fraktionen, über die inhaltliche Begründung der Resolution und die Frage, wie man ggf. eine rechtlich zulässige Beschlussfassung formulieren könne. Letztlich verweist Herr Kettenburg erneut auf die Unzuständigkeit des Rates der Stadt Achim hinsichtlich der Beratung und Beschlussfassung, gleich unter welchem Anstrich man das Thema auch diskutieren möge, da bei der Resolution eindeutig der erforderliche örtliche Bezug fehle. Herr Lichter stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Aussprache und Abstimmung. Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Lichter: 19 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en),

Frau Gottschewsky, Frau Rippich, Herr Paulat, Herr Stiediek, Herr Vagt, Herr Wrede, Herr Wolfgang Heckel. Herr Michael Heckel, Herr Bonin, Herr Baum, Herr Hocker, Herr Pein, Herr Dürr, Herr Blauert und Herr Sprenger verlassen den Saal und nehmen an der Abstimmung nicht teil. Frau Thomas lässt über den Resolutions-Antrag der SPD abstimmen. Beschluss: Resolutionstext: Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en),